

ANFRAGE Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) vom 10.05.2014	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	62. Plenarsitzung Gemeinderat 01.07.2014 2014/0612 32.3 öffentlich
Kombilösung: Prüfung Bauplanung und Kostenentwicklung Kombilösung		

- A. Was gedenken KASIG, Aufsichtsrat und Verwaltung gegen die ständigen Kostensteigerungen bei der Kombilösung zu unternehmen?
- B. Warum sind bei den vorliegenden Bau- und Kostenplanungen nicht alle doch bei einem solchen Bauvorhaben klar erkennbaren Kostenrisiken mit einem Ansatz für Unvorhergesehenes berücksichtigt?
- C. Unterliegen nicht alle Planungen einem qualifizierten Controllingverfahren?
- D. Vorliegende permanente Kostensteigerungen lassen Mängel sowohl bei der Planung als auch bei den Aufsichtsorganen vermuten. Welche Schritte hat die Verwaltung bereits unternommen bzw. wird sie unternehmen, hier auch über die mögliche persönliche Haftung der GmbH-Organe Transparenz zu schaffen?
- E. Parallelen beim Bau der Karlsruher Kombilösung und der Hamburger Elbphilharmonie, die jetzt Medienberichten zufolge (Hamburger Abendblatt, FAZ) auch die Staatsanwaltschaft beschäftigt, sind zu hinterfragen. Laut einem Abschlussbericht sind in Hamburg unfertige Planung, mangelnde Kontrolle vonseiten der Politik und der Aufsichtsorgane und ein Chaos auf der Baustelle schuld am Desaster beim Bau der Elbphilharmonie. Die Kosten für den Steuerzahler bei dem Projekt sind von ursprünglich 77 Millionen auf 789 Millionen Euro gestiegen. Erstmals nennt der Bericht, der die Ereignisse bis Ende 2008 untersucht, auch die Namen der Verantwortlichen. Demnach ist die städtische Realisierungsgesellschaft (Rege) mit ihrem Chef Hartmut Wegener für wichtige Fehlentscheidungen verantwortlich. Die politisch Verantwortlichen, allen voran Hamburgs damaliger Bürgermeister Ole von Beust (CDU) und sein Chef der Senatskanzlei Volkmar Schön (CDU), seien ihrer Aufsichtspflicht nicht gerecht geworden. Aber auch die Architekten Herzog & de Meuron und der Baukonzern Hochtief kommen in dem Bericht nicht gut weg.
- Wäre es nicht an der Zeit, dass auch in Karlsruhe eine Aufarbeitung der Umstände von Planung, vorgelegten Versprechungen (Kosten, Bauzeiten und -maßnahmen sowie Kapazitäten) zum Bürgerentscheid 2001 und tatsächlicher Kosten- und Bauzeitentwicklung erarbeitet wird, in dem die Verantwortlichkeiten von Oberbürgermeister, Baubürgermeister, Gemeinderat, KASIG und den Aufsichtsorganen beleuchtet werden?

1. Welche Maßnahmen bzw. Rechtsgutachten hat die Verwaltung bereits in Angriff genommen bzw. in Auftrag gegeben?
2. Sollte in dieser Richtung noch nichts unternommen worden sein – wäre hinsichtlich möglicher Verjährungsfristen eine Beauftragung nicht umgehend sinnvoll? Dies würde zur angestrebten Transparenz führen.
3. Entspricht die Haushaltseinstellung des städtischen Anteils der Kombilösung dem GemHVO § 12, wonach alle Haushaltsansätze auf der Grundlage einer qualifizierten und verbindlichen Kostenberechnung zu tätigen sind, um die gesetzlich geforderte Haushaltswahrheit zu etablieren?

Sachverhalt/Begründung:

Nach Angaben der KASIG, liegen die aktuellen Prognosen für den Stadtbahntunnel derzeit bei 524,4 Millionen Euro und für den Straßentunnel Kriegsstraße, deren Kostenermittlung nicht auf der Grundlage eines endgültigen Entwurfsplanung, sondern einer Vorplanung entstanden ist, bei 224,4 Millionen Euro. Das sind rund 44 Millionen Euro mehr als noch vor wenigen Monaten angenommen. Hinzu kommt, dass eine aktualisierte Höhe der Gesamtkosten aber erst im Spätjahr von der KASIG bekanntgegeben werden kann.

Die Steigerung um 21 Millionen Euro beim Stadtbahntunnel resultiert laut KASIG "im Wesentlichen aus der intensivierten Bautätigkeit mit zusätzlichen Leistungen, aufwendigen Verkehrssicherungsmaßnahmen und hohen baubegleitenden Qualitätsanforderungen."

unterzeichnet von:

Jürgen Wenzel

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

20. Juni 2014